

Stadt Haan
Niederschrift über die
1. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Kultur, Integration und Generationen der Stadt Haan
am Mittwoch, dem 04.03.2026 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:33

Vorsitz

Stv. Sandra Niklaus

CDU-Fraktion

Stv. Dr. Thomas Bremen
Stv. Tobias Kaimer

Vertretung für Stv. Radtke; anwesend bis
18:48 Uhr

Stv. Justin Landwehr
Stv. Annette Leonhardt
Stv. Klaus Mentrop
AM Dr. Valerie Nuhn
Stv. Henrik Radtke

Anwesend ab 18:48 Uhr

SPD-Fraktion

AM Giulia Baran
AM Dr. Friederike Dickmans
Stv. Simone Kunkel-Grätz

WLH-Fraktion

Stv. Nadine Lütz

AfD-Fraktion

AM Birgit Däntjer
Stv. Thomas Ringel

Vertretung für Stv. Birk

GAL-Fraktion

Stv. Tabea Haberpursch
AM Jonas Riepe

Anwesend bis 19:14 Uhr

Die Linke

Stv. Charly Fortak

FDP-Fraktion

AM Dirk Raabe

Bürger Union

Stv. Annabell Ciernio

Schriftführung

VA Julian Kniess

Behindertenbeauftragte/r

Frau Gabi Bongard

Frau Stefanie Fischer

Herr Hans-Werner Joormann

Frau Marion Klaus

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Bürgermeister

Bürgermeister Vincent Endereß

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

VA Dr. Jürgen Simon

VA Diana Klöckers-Wolf

VA Michael Schneider

VA Christiane Hüls

StR'in Anja Esser

VA Dominic Büsselmann

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krengel

Gäste

Frau Nadine Appler

Die Vorsitzende Sandra Niklaus eröffnet um 17:00 Uhr die 1. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Kultur, Integration und Generationen der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Gäste - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Vorsitzende Stv. Niklaus schlägt vor, das Produkt 040400 (Kultur) des Haushaltsplanes von TOP 15 vor TOP 4 zu beraten.

Dazu besteht **Einvernehmen**.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2./ Einführung und Verpflichtung der Ausschussmitglieder Vorlage: 50/004/2026

Protokoll:

Stv. Niklaus weist auf den vorliegenden Verpflichtungstext hin und verpflichtet im Anschluss alle noch nicht verpflichteten Mitglieder des Ausschusses.

3./ Bestellung eines Schriftführers und von zwei Stellvertretungen Vorlage: 50/005/2026

Beschluss:

Als Schriftführer für die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Kultur, Integration und Generationen der Stadt Haan wird Herr Julian Kniess bestellt. Als stellvertretende Schriftführende für die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Kultur, Integration und Generationen der Stadt Haan werden Frau Anita Pitscher und Herr Michael Schneider bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**4./ Zuschuss Wasser für Pokhara DAHW - Änderung des Förderziels Afghanistan und Fortführung der Zuschusszahlung
Vorlage: WTK/001/2026**

Protokoll:

Stv. Leonhardt gibt zur Vorlage an, dass Entwicklungshilfe Aufgabe der Länder sei, nicht die der Kommune. Daher spreche sich die CDU gegen die Verwendung der Mittel aus.

Stv. Fortak setzt sich für den Erhalt der Mittel ein, da mit diesen Mitteln Leben gerettet werden können. Es sei egal, ob dies in Haan oder in Afghanistan sei.

Stv. Ciernio teilt die Meinung der CDU, sehe aber auch die Tradition hinter der Aktion und sei daher für eine Mittelfreigabe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Fortzahlung der Fördermittel in Höhe von 2.302 € für die Aktionsgruppe „Wasser für Pokhara“ für das neue Förderziel der „DAHW Afghanistan“ zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

5./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Hr. Sattler stellt sich den neuen Ausschussmitgliedern vor und berichtet über Neuigkeiten seit der Seniorenbeiratswahl. Nach der Wahl (mit einer Steigerung der Wahlbeteiligung auf 60%) habe es einen Umbruch im Seniorenbeirat gegeben. Der Beirat habe sich mit sechs neuen Mitgliedern verjüngt und plane für dieses Jahr erneut die Erstellung einer neuen Seniorenbroschüre.

Weiter berichtet er über die gemeinsame Kirmesbegehung zur Barrierefreiheit mit den Behindertenbeauftragten. Dabei konnten deutliche Verbesserungen bei der Barrierefreiheit erzielt werden. An dem Seniorencafé am Kirmessonntag wurden cir-

ca 180 Personen mit Kaffee und Kuchen versorgt. Ein besonderer Dank gebühre den Helfern.

Der Seniorenbeirat sei weiterhin am Demenznetz, den Runden Tischen für senioren-gerechte Quartiersentwicklung sowie Pflege vertreten.

Außerdem finde die Vernetzung mit den Seniorenbeiräten im Kreis und auf Landes-ebene statt.

Die monatlichen Sprechstunden des Seniorenbeirates werden besonders im Freien gut angenommen.

Nach der Krankenhausschließung in Haan habe es häufig Probleme für stationäre Pflegeeinrichtungen gegeben, zu erfahren in welches Krankenhaus die Patienten verbracht worden seien. Für dieses Problem sei nun eine Lösung mit der Kreisleitstelle gefunden worden. Die Einrichtungen können eine Mail mit Signatur an die Leitstelle senden und im Anschluss telefonisch erfragen, wohin der Patient transportiert worden sei. Für Privathaushalte hingegen gebe es aktuell keine Lösung.

Beschluss:

Der Sachbericht des Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Seniorengerechte Quartiersentwicklung Vorlage: 50/070/2025

Protokoll:

Die Vorsitzende **Stv. Niklaus** verweist auf die Vorlage.

Hr. Sattler ergänzt, dass die Runden Tische nach der Hochaltrigenbefragung 2018 entstanden seien. Die Runden Tische haben unterschiedliche Voraussetzungen und Strukturen. In Gruiten sei nach einem Jahr Stillstand der Entschluss gefasst worden, die Arbeit auszusetzen. Es soll aber noch zum Bürgerhausareal informiert werden und gegebenenfalls Teilnehmer des Runden Tisches Gruiten an dem Haaner Tisch aufgenommen werden.

Der Runde Tisch Haan veranstalte am 23.05. in den Räumlichkeiten von mitte.haan eine Veranstaltung, bei welcher für die Ehrenamtsarbeit der Organisationen im Seniorenbereich geworben werden soll.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Fr. Bongard stellt das neue Team der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten vor und gibt an, dass nun durch eine Person mehr im Team häufiger Sprechstunden angeboten werden können.

Die Termine werden durch die Presse veröffentlicht oder seien auf der Homepage der Stadt Haan einzusehen. Die Homepage werde auch mit neuen Daten und Aktionen aktualisiert.

Fr. Bongard führt weiter an, dass am 25.03.2026 eine Ortsbegehung an der Landstraße durchgeführt werden solle. Diese beginne um 14:00 Uhr am dortigen Aldi. Bei der Begehung werden beispielsweise Querungsmöglichkeiten sowie Bordsteinhöhen überprüft.

Für den 06.11.2026 sei erneut die Hilfsmittelausstellung geplant, so **Fr. Bongard**. Erste Aussteller hätten bereits zugesagt.

Stv. Kunkel-Grätz würde gerne wissen, ob die Mittel von 30.000 € im Haushalt 2025 für die geplanten Aktionen im Jahr 2025 ausgereicht haben.

Fr. Bongard gibt dazu an, dass bereits viel erledigt wurde, aber aufgrund von Personalmangel nicht alles durchführbar gewesen sei. Man habe dann mit noch verfügbaren Mitteln Material angeschafft.

Hr. Sattler ergänzt, dass Amt 70 in der Vergangenheit einmal einen Bericht erstellt habe, welcher aufzeigte, wie die 30.000 € aufgewendet wurden.

Bürgermeister Hr. Endereß gibt an, dass er prüfen werde, ob dies zukünftig wieder möglich sei, da transparent mit den Aufwendungen umgegangen werden solle.

Beschluss:

Der Sachbericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

8./ Handlungsbericht der Sozialplanung
Vorlage: 50/007/2026

Protokoll:

VA Hüls stellt ihre PowerPoint Präsentation sowie die Vorlage vor.

Stv. Leonhardt bedauert die Kommunikationsschwierigkeiten mit dem Kreis. Weiter würde sie gerne wissen, ob das Handout des Runden Tisches der Pflege zum vereinfachten Darstellen des Pflegeberichtes des Kreises Mettmann dem Ausschuss ebenfalls zur Verfügung gestellt werden könne.

VA Hüls gibt an, dass das Handout (Anhang 1, Handout RT Pflege) nach Absprache bereitgestellt werden könne.

VA Schneider ergänzt, dass dem Runden Tisch lediglich aufgezeigt werden sollte, wie die Pflegeeinrichtungen im Haaner Stadtgebiet verteilt seien und wie das Quartier Gruitzen stärker einbezogen werden solle.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

9./ Tätigkeitsbericht des Amtes für Soziales und Integration 2024

Protokoll:

VA Schneider verweist auf die beigefügte Anlage. Der Jahresbericht sei für die letzte Sitzung aus 2025 geplant gewesen, welche ausfiel. Daher werde der Bericht erst jetzt vorgestellt, so **VA Schneider**.

Stv. Leonhardt dankt für den ausführlichen Bericht und würde gerne wissen, ob die Stelle der UVG-Sachgebietsleitung mittlerweile vergeben werden konnte und ob es ein gemeinschaftlich genutztes Monitoring-Programm gebe.

VA Schneider gibt an, dass die Stelle vergeben werden konnte.

VA Hüls teilt mit, dass KomMonitor ein gemeinsam nutzbares System darstelle.

Stv. Kunkel-Grätz würde gerne wissen, ob über das Programm auf alle Daten zugegriffen werden könne und ob die steigende Beratungshilfe nur im Zusammenhang mit Wohnungslosigkeit stehe.

VA Schneider gibt dazu an, dass jede Abteilung ihre Daten in KomMonitor einpflegen kann, wo sie anschließend abgeglichen werden können. Die steigenden Beratungen finden nicht nur für Wohnungslose statt, sondern auch in anderen Bereichen wie dem KSD oder im Rentenbereich.

10./ Bericht des Sozial- und Integrationsmanagements (SIM) für das 2. Halbjahr 2025

Vorlage: 50/008/2026

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

11./ Zukunft der Taschengeldbörse Haan – Mitteilung zur Beendigung der Koordination der Taschengeldbörse durch den AWO Ortsverein Haan

Vorlage: II/085/2026

Protokoll:

Bgo. Herz erläutert die Vorlage und gibt an, dass das weitere Verfahren noch mit dem Jugendparlament abgesprochen werden solle. Grundsätzlich könne man sich vorstellen, die Taschengeldbörse an das Seniorenbüro anzugliedern.

Hr. Sattler teilt mit, dass das Jugendparlament neu gewählt worden sei und nun auf eine Abstimmung mit diesem gewartet werde. Der Seniorenbeirat spreche sich für die Fortsetzung der Taschengeldbörse aus, allerdings habe die Vergangenheit gezeigt, dass die Gewinnung von Jobbern das größere Problem darstelle.

Weiter sei er für die Erhaltung der Sachmittel, da sich mit dem Modell der Solinger Taschengeldbörse auseinandergesetzt werden solle, da diese ein gut laufendes Projekt aufgestellt haben. Dort sei ein Minijob vergeben worden zur Koordinierung der Taschengeldbörse.

Stv. Kunkel-Grätz würde gerne wissen, von welchen Kosten ausgegangen werden könne, wenn das Seniorenbüro die Taschengeldbörse übernehme.

Bgo. Herz ist überzeugt, dass mit der Unterstützung des JuPa (Werbung bei Jugendlichen) eine kostenneutralere Fortführung der Taschengeldbörse möglich sei. So sei der Datenstand der AWO sehr aktuell und die AWO habe viel Energie in das Projekt eingesetzt, weshalb eine gute Ausgangslage bestehe.

Fr. Klaus würde gerne wissen, wie Mitarbeiter der Stadt die möglichen Zeitressourcen bereitstellen können.

Bgo. Herz verweist auf den aufschlussreichen Bericht der AWO, der einen guten Überblick über die benötigte Zeit biete und intern weiterhin beraten werden müsse, um einen ressourcenschonenden Weg zu finden.

StAR'in Esser ergänzt, dass im Jahr 2024 ein Antrag auf Erhöhung der Mittel gestellt worden sei, welcher aber abschließend zurückgenommen wurde. In der damaligen Darstellung ist ebenfalls ersichtlich, dass der Arbeitsaufwand überschaubar sei.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

12./ Gemeinschaftseinrichtungen der Stadt Haan – Standortbetrachtung Vorlage: 50/009/2026

Protokoll:

Bgo. Herz stellt die Vorlage vor und verweist auf die Zielsetzung der Wirtschaftlichkeit und der menschenwürdigen Unterbringung als Basis für eine gelingende Integration. Die Verwaltung strebt einen Schulterschluss mit der Politik zu den erforderlichen Unterkunftskapazitäten an, insbesondere zu aufzugebenden Standorten und dem bereits beschlossenen Neubau einer Unterkunft an der Kampheider Str. Sie ergänzt, dass Unterkünfte in schlechtem Zustand hohe Unterhaltungskosten zur Folge haben.

Stv. Leonhardt bemängelt Punkt 4 des Beschlussvorschlages. In der Vergangenheit sei man sich einig gewesen, dass die Unterkünfte nicht zu viele Personen an einem Standort untergebracht sein sollen. 190 Plätze, wie in der Unterkunft Düsseldorf Str. vorgehalten werden, seien daher zu viel. Bei der aktuellen Auslastung sei bereits ein Sicherheitsdienst notwendig, daher solle eine Dezentralisierung stattfinden.

Stv. Fortak erläutert den Antrag der Fraktion die Linke und würde gerne wissen, warum 400 Plätze ausreichen sollen, wenn der Bedarf aktuell höher sei.

Bgo. Herz gibt dazu an, dass die Fachverwaltung der Auffassung sei, dass mittel- und langfristig 400 Plätze ausreichend seien. Eine Aufstockung auf insgesamt 700 Plätze sei nicht umsetzbar, da leere Plätze nicht finanzierbar seien. Eine solche Aufstockung sei darüber hinaus auch nicht erforderlich.

Stv. Kunkel-Grätz teilt mit, dass sie die Gründe für den Neubau an der Kampheider Str. nachvollziehen könne, aber es solle auch sozialer Wohnraum geschaffen werden, denn so können Unterkünfte ebenfalls freigezogen werden.

Bgo. Herz ergänzt, dass es aktuell an Alternativen fehle. 50% der Bewohner der Unterkünfte können ausziehen, aber es fehle der Wohnraum. Gemeinsam mit dem Rat muss hierfür eine Lösung gefunden werden.

Stv. Kaimer spricht sich für die Zustimmung der Beschlussvorschläge 1,2 und 3 aus. Beschlussvorschlag 4 und 5 könne nicht zugestimmt werden, da zum einen die Aufstockung einer Unterkunft auf 200 Plätze zu viel sei und zum anderen eine dezentrale Unterbringung sinnvoller sei.

Stv. Kunkel-Grätz folgt der Einschätzung der CDU-Fraktion und schlägt für die Beschlussvorschläge 4 und 5 Beratungsbedarf vor.

Stv. Leonhardt merkt zu Beschlussvorschlag 4 und 5 an, dass die UK Düsseldorfer Str. 141a in der Anlage Standortbetrachtung sowohl als mittel- bis langfristig nutzbar, als auch als Unterkunft angegeben ist, welche perspektivisch aufgegeben werden soll.

Bgo. Herz gibt dazu an, dass die UK Düsseldorfer Str. 141a für Containerstandort für Notfälle vorgehalten werden soll.

Beschluss:

1. Die Standortbetrachtung für Gemeinschaftseinrichtungen der Verwaltung laut Anlage wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Platzkapazität für derzeit 400 Personen aufrechtzuerhalten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Notunterkunft an der Bachstraße sowie die Unterkunft Dieker Str. kurzfristig aufzugeben. Die 31 Menschen, die aktuell in der Unterkunft Dieker Str. untergebracht sind, werden bei der Suche nach eigenem Wohnraum durch das SIM unterstützt bzw. in andere Unterkünfte begleitet.
4. Der Rat der Stadt Haan teilt die Einschätzung der Verwaltung hinsichtlich der für eine mittel- bis langfristige Nutzung geeigneten Unterkünfte entsprechend Seite 25 der Anlage.

5. Der Rat der Stadt Haan teilt die Einschätzung der Verwaltung entsprechend Seite 26 der Anlage hinsichtlich der Unterkünfte, die perspektivisch aufgegeben werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1. – 3.

mehrheitlich angenommen

zu 4. u. 5.

Beratungsbedarf angemeldet

**13./ Gebührensatzung städtische Unterkünfte
Vorlage: 50/006/2026**

Protokoll:

VA Schneider erläutert die Vorlage.

Fr. Appler der KoPart stellt ihre Präsentation vor (Anhang 2, Präsentation KoPart).

Stv. Fortak erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Sie würde gerne wissen, ob es eine Regelung für Selbstzahler geben könne, um die Miete zu verringern.

VA Schneider gibt an, dass lediglich eine kleine Gruppe an Selbstzahlern vorhanden sei. Die Mieten können nicht in der Satzung verankert werden, da dies Angriffsfläche für eine gerichtliche Überprüfung biete. Wie die Miethöhe für Selbstzahler ermittelt werde, könne in der Vorlage (50/023/2023) eingesehen werden.

Bgo. Herz ergänzt, dass im Sinne des Menschen einzelfallbezogen und mit Augenmaß entschieden werde.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Haan beschließt die Gebührenkalkulation der Unterkunftsgebühren für die Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler gemäß der Anlage 1 für den Zeitraum vom 01.01.2026 bis 31.12.2029.

2. Der Rat der Stadt Haan beschließt die Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für Flüchtlinge, Obdachlose und

Spätaussiedler (Übergangswohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) vom 11.07.2017 mit dem anliegenden Gebührenverzeichnis (Anlage 2) in der Fassung der Satzung vom 24.03.2026.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

14./ Stellenplan 2026

hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 1,0 VZÄ in der Asylsachbearbeitung (EG 9b)

Vorlage: 10/197/2025

Protokoll:

Bgo. Herz betont die Notwendigkeit der Stelle aufgrund steigender Fallzahlen.

Stv. Lütz würde gerne wissen, wie viele Ukrainer_innen davon betroffen seien.

VA Schneider gibt an, dass die Zahlen dazu noch nicht feststehen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 VZÄ für die Sachbearbeitung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Stellenplan 2026 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

15./ Haushaltsplanberatungen 2026 Soziales, Kultur, Integration und Generationen

Vorlage: 20/010/2026

Protokoll:

StAR'in Esser teilt mit, dass der Änderungsantrag Nr. 32 aufgrund der Beschlussfassung zu TOP 12 obsolet sei und abgelehnt werden könne.

Stv. Leonhardt erläutert den Antrag der CDU-Fraktion, die Einsatzzeit des Sicher-

heitsdienstes zu verringern, da diese im aktuellen Umfang nicht nötig erscheine.

VA Schneider gibt an, dass eine Verringerung der Stunden nicht möglich sei, da kein Sicherheitsdienst ein Zeitfenster von fünf Stunden anbieten werde. Der geringere Einsatz des Sicherheitsdienstes könne die Vertrauensbasis zu den Bewohnern gefährden, da eine Abschreckung für mögliche Störer weg falle.

Stv. Leonhardt könne sich ebenfalls ein flexibles Zeitfenster für den Sicherheitsdienst vorstellen, da es im Sommer beispielsweise deutlich später am Abend dunkel werde als im Winter. Die Einsparungen können in andere Angebote für die Bewohner der Unterkünfte investiert werden.

Bgo. Herz teilt mit, dass Herr Schneider in einer Arbeitsgruppe des Kreises sei, welche sich mit Personen in multiplen Problemlagen befasse. Dabei sollen Problemlagen präventiv behandelt werden. Aktuell sei der Sicherheitsdienst mit den bestehenden Zeiten aber notwendig.

Stv. Leonhardt schlägt vor, Personen mit multiplen Problemlagen in eine Unterkunft zu bringen, um so Kosten für einen Sicherheitsdienst zu sparen.

VA Schneider gibt dazu an, dass einige Personen nicht integrationsfähig seien und mit einer Zusammenlegung eine größere Gefahr für untergebrachte Familien entstehen.

Stv. Leonhardt stellt den Antrag im SKIGA zurück, um die erhaltenen Informationen in ihrer Fraktion zu beraten.

VA Schneider ergänzt zum Thema, dass mit einem Dienstleister eine Meinungsverschiedenheit vorliege. Dazu könne ein Veränderungsantrag folgen. Betroffen sei davon die Unterkunft in der Düsselberger Straße.

Beschluss:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Soziales, Kultur, Integration und Generationen werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes, wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2026 ausgewiesen, dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Veränderungsantrag Nr. 32:

einstimmig abgelehnt
Veränderungsantrag Nr. 1:

einstimmig angenommen

Veränderungsantrag Nr. 7:

einstimmig angenommen

16./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

17./ Mitteilungen

Protokoll:

VA Schneider teilt mit, dass für den Runden Tisch der Pflege ein neuer Termin vereinbart wurde und über ein Konzept zum Ausbau der solitären Kurzzeitpflege sowie Tagespflege gesprochen werden solle.

Weiter teilt er mit, dass die AG „Systemsprenger“, bestehend aus Vertretern der Kommunen Wülfrath, Langenfeld, Erkrath, Haan sowie dem Kreis Mettmann Fortschritte mache. Bisher seien Zuständigkeiten, rechtliche Hilfeleistungen sowie Abgrenzungen des Personenkreises thematisiert worden.

Außerdem berichtet **VA Schneider** zu einem neuen Projekt des Kreises gegen Altersarmut. Dabei stehe vor allem die Frage im Raum, wie Menschen in das Hilfesystem integriert werden können.

Mit dem Land NRW sei ein Vertrag bezüglich der Bezahlkarte abgeschlossen worden. Seitdem gebe es keine weiteren Neuigkeiten, so **VA Schneider**.

(Im Original gezeichnet)

Sandra Niklaus
(Ausschussvorsitzende)

(Im Original gezeichnet)

Julian Kniess
(Schriftführer)